

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Produktorientierte Informationen

FB Ordentliche Gerichte, Staatsanwaltschaften

Haushaltsermächtigungen: 0501 - 0503, 0510

1. Kosten und Erlöse

Zusammensetzung der Fachbereichskosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel-/Transferergebnis			Konzernumlage	Steuern und steuerähnliche Erträge	Gesamtergebnis
		Erlöse	Verwaltungskosten	Betriebsergebnis	Fördermittel-/Transfer-einnahmen	Fördermittel-/Transferausgaben	Fördermittel-/Transferergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichsergebnis	Ist-2006	247.184,9	544.065,7	296.880,8-	-	-	-	94.917,0	-	391.797,7-
Ordentliche Gerichte	Ist-2007	232.847,4	550.810,3	317.962,9-	-	-	-	129.501,8	-	447.464,6-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	42.19	48.61	55.66	-	-	-	50.40	-	54.29
	Ist-2007	40.53	49.34	58.69	-	-	-	50.89	-	56.20
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der Fachbereichskosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel-/Transferergebnis			Konzernumlage	Steuern und steuerähnliche Erträge	Gesamtergebnis
		Erlöse	Verwaltungskosten	Betriebsergebnis	Fördermittel-/Transfer-einnahmen	Fördermittel-/Transferausgaben	Fördermittel-/Transferergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichsergebnis	Ist-2006	205,2	95.671,3	95.466,0-	-	-	-	16.019,7	-	111.485,7-
Staatsanwaltschaften	Ist-2007	184,3	95.146,9	94.962,6-	-	-	-	21.291,6	-	116.254,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	0.04	8.55	17.90	-	-	-	8.51	-	15.45
	Ist-2007	0.03	8.52	17.53	-	-	-	8.37	-	14.60
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushaltsermächtigungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006	Ist 2007	Soll 2008	Soll 2009
				(Soll 2006)	(Soll 2007)		
PB Zivil	0501 - 0503	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit Zivilgerichtsbarkeit	Neuzugänge Zivilverfahren	192.961 (210.000)	188.275 (210.000)	210.000	210.000
			Erledigungen Zivilverfahren	196.837 (210.000)	187.474 (210.000)	210.000	210.000
			Stückkosten Zivilverfahren in EUR	763 (-)	759 (-)	-	-
			Kostendeckungsgrad Zivilverfahren in %	84 (-)	79 (-)	-	-

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
PB Familie	0501 - 0503	Erfüllung des Justizgewäh- rungsanspruchs und Schaffung Rechtssicherheit Familiengerichtsbarkeit	Neuzugänge Familienverfahren	61.847 (63.000)	61.195 (63.000)	63.000	63.000
			Erledigungen Familienverfahren	61.347 (63.000)	61.439 (63.000)	63.000	63.000
			Stückkosten Familienverfahren in EUR	1.312 (-)	1.321 (-)	-	-
			Kostendeckungsgrad Familie in %	33 (-)	31 (-)	-	-
PB Straf/OWi		Erfüllung des Justizgewäh- rungsanspruchs und Schaffung Rechtssicherheit Strafgerichtsbarkeit	Neuzugänge Strafverfahren	126.048 (125.000)	127.784 (130.000)	130.000	130.000
			Erledigungen Strafverfahren	128.461 (125.000)	125.584 (130.000)	130.000	130.000
			Stückkosten Strafverfahren in EUR	949 (-)	943 (-)	-	-
			Kostendeckungsgrad Strafverfahren in %	17 (-)	16 (-)	-	-
PB Ermittlung	0510, 0501 - 0503	Sicherung der der Strafverfol- gung	Neuzugänge Ermittlungsverfahren	505.886 (500.000)	504.315 (510.000)	510.000	510.000
			Erledigungen Strafermittlung	508.850 (500.000)	498.883 (510.000)	510.000	510.000
			Stückkosten Strafermittlung in EUR	139 (-)	139 (-)	-	-
PB Strafvollstreckung		Sicherung der der Strafvoll- streckung	Neuzugänge Strafvollstreckung	152.368 (153.000)	156.223 (155.000)	155.000	155.000
			Stückkosten Strafvollstreckung	110 (-)	111 (-)	-	-

3. Erläuterungen

Die Kosten sind ohne Konzernumlage, also ohne Raumkosten und Kosten für zentrale Einrichtungen wie LOK oder LBV, ausgewiesen da die KLR noch keine Möglichkeit zur verursachungsgerechten Verteilung der Kosten hat.

Die Stückkosten berechnen sich aus den Gesamtkosten geteilt durch die Neuzugänge.

Die Geldstrafen werden in der KLR nicht berücksichtigt.

In SAP findet derzeit noch keine Planung der Kosten und Erlöse statt. Daher können Messgrößen zu Kosten und Erlösen nicht zuverlässig geplant und dargestellt werden.

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2008	a)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Ist	2007	b)	
			Ist	2006	c)	
			Tsd. EUR			

Vorbemerkung: Die Einnahmen und Ausgaben des Landesjustizprüfungsamtes, das nach § 1 des Gesetzes über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst i. d. F. vom 16.07.2003 (GBl. S. 354) beim Justizministerium errichtet ist, sind bei Kap. 0501 veranschlagt. Ausgenommen sind die Ausgaben der Außenstellen in Baden-Baden, Ellwangen, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Mosbach, Ravensburg, Rottweil, Tübingen, Ulm und Waldshut-Tiengen, die bei Kap. 0503 nachgewiesen werden. Die Aufwendungen für die Vertretung und Verwaltung der vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Justizministerium, errichteten Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“ werden mit Ausnahme der Bezüge und Vergütungen für das Personal der Geschäftsstelle der Stiftung bei Kap. 0501 nachgewiesen, vgl. die Vorbemerkung zu Kap. 0501 und Kap. 0501 Tit. 684 01. Die Stiftung, deren Mittel durch Spenden, durch zugewiesene Geldauflagen sowie aus Zinsen aufgebracht werden, verfolgt den ausschließlichen Zweck, Straffälligen aus Baden-Württemberg, die dafür geeignet und würdig erscheinen, durch Darlehen und nicht rückzahlbare Zuschüsse einen Neuanfang in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen zu ermöglichen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 42	052	Gerichtskosten, Gebühren	252.500,0	a)	205.000,0
			201.741,2	b)	
			216.257,0	c)	

In Strafsachen eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung nicht tunlich ist, ohne Entgelt an andere Dienststellen des Landes abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die erhobenen Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) der Gerichte und Staatsanwaltschaften, soweit nicht bei Tit. 112 01 ausgewiesen. Das Aufkommen ist geschätzt.

111 43	052	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung oder durch Verzicht auf die Rückgabe von zu diesem Zweck sichergestellten Werten	6.390,0	a)	6.390,0
			3.496,1	b)	
			3.649,5	c)	

Soweit die Einnahmen den Betrag von 6,390 Mio. EUR übersteigen, erhöht sich die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0314 - bis zu 15,340 Mio. EUR in Höhe von 50 v.H. - über 15,340 Mio. EUR bis zu 28,120 Mio. EUR in Höhe von 30 v.H. und - über 28,120 bis zu 51,110 Mio. EUR in Höhe von 10 v.H. der Mehreinnahmen.

Erläuterung: Die Landesregierung sieht in dem konsequenten staatlichen Zugriff auf illegal erzielte Profite einen wichtigen strategischen Ansatz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Schwerkriminalität. Zur weiteren Intensivierung der Vermögensabschöpfung wird ein Teil der abgeschöpften Vermögensgewinne speziell für Zwecke der Polizei und der Justiz verwendet.

111 44	052	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher	41.500,0	a)	41.500,0
			35.636,5	b)	
			37.643,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher nach dem Gerichtsvollzieherkostengesetz vom 19.04.2001 (BGBl. I S. 623) in der jeweils geltenden Fassung. Den Einnahmen stehen Ausgaben bei Tit. 459 53 gegenüber. Das Aufkommen ist geschätzt.

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
112 01	052	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	68.000,0 86.535,7 66.730,7		a) b) c)	85.000,0
		In Strafsachen eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung nicht tunlich ist, ohne Entgelt an andere Dienststellen des Landes abgegeben werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind Geldstrafen und Geldbußen einschließlich gleichzeitig gezahlter Gerichtskosten. Das Aufkommen ist geschätzt.				
112 46	052	Erstattung von Prozesskosten	15,0 2,9 19,5		a) b) c)	15,0
119 49	052	Vermischte Einnahmen	200,0 426,2 700,5		a) b) c)	400,0
		Erläuterung: Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.				
124 01	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0 3,4 3,7		a) b) c)	3,5
		Erläuterung: Vgl. Kap. 0510 Tit. 511 01. Hier wird die von der Zentralen Stelle zu entrichtende Nutzungsentschädigung nachgewiesen.				
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von (Kraftfahrzeugen), Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen	10,0 16,5 3,6		a) b) c)	10,0
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			368.630,0		a)	338.318,5
Übrige Einnahmen						
231 01	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	127,8 82,6 136,4		a) b) c)	127,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kostenausgleichsleistungen durch den Bund in Staatsschutz-Strafsachen auf Grund der Vereinbarung des Bundes und der Länder vom 31.01./09.02.1977, zuletzt geändert mit Wirkung vom 01.01.2003. Das Aufkommen ist geschätzt.				
232 01	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	2,0 1,1 1,9		a) b) c)	2,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen bei Inanspruchnahme von Lehrveranstaltungen durch Teilnehmer aus anderen Bundesländern. Erstattungen für die Inanspruchnahme der Hochschule für Rechtspflege werden bei Kap. 0504 nachgewiesen. Der Ansatz richtet sich nach der Zahl der Teilnehmer aus anderen Bundesländern.				
Zwischensumme Übrige Einnahmen			129,8		a)	129,8

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Informationstechnik				
231 69	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	25,0 30,5 32,8	a) b) c)		30,0

Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile ersatzpflichtiger Dienststellen des Bundes an den persönlichen und sächlichen Betriebskosten und an den Fernsprechgebühren der gemeinsamen Fernsprechzentralen.

232 69	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	1.000,0 1.003,0 1.063,1	a) b) c)		1.000,0
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	--	---------

Erläuterung: Im automatisierten Mahnverfahren werden die Pflege und die Weiterentwicklung der Programme und des Verfahrens für alle beteiligten Bundesländer zentral vom Land Baden-Württemberg vorgenommen. Die anteiligen Erstattungen der anderen Länder an den Aufwendungen des Landes für diese Pflege- und Weiterentwicklungsarbeiten werden hier nachgewiesen.

Die Anteile der beteiligten Länder (Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) werden nach dem sog. Königsteiner Schlüssel und der Anzahl automatisiert durchgeführter Mahnverfahren ermittelt.

233 69	W 052	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Land- und Stadtkreisen	5,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
--------	-------	---	-------------------	----------------	--	-----

Summe Titelgruppe 69 1.030,0 a) 1.030,0

90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung				
119 90	052	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	30,7 72,5 85,9	a) b) c)		30,7

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90 30,7 a) 30,7

Gesamteinnahmen 369.820,5 a) 339.509,0

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Die Tit. 427 12, 427 51, 428 06, die Tit. der OGr. 51 - 54 (ausgenommen Tit. 529 01, 536 01, 537 02 und 546 51) sowie die Tit. 811 01 und 812 01 sind gegenseitig und zugunsten der Tit.Gr. 69 einseitig deckungsfähig. Die Mittel dieser Titel (einschließlich Tit.Gr. 69) sind entsprechend übertragbar. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums im Einvernehmen mit dem Justizministerium um Einsparungen durch Nichtbesetzung von Stellen der Tit. 422 01 und 428 01. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

412 01	052	Entschädigungen an ehrenamtliche Richter u. dgl.	2.050,0 1.889,9 1.970,5	a) b) c)	2.050,0
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Die bei Gerichten als ehrenamtliche Richter zugezogenen Personen werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung entschädigt.

422 01	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	238.612,6 236.307,3 237.485,3	a) b) c)	238.624,4
--------	-----	--	-------------------------------------	----------------	-----------

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften: Tsd. EUR

1.	Planmäßige Beamte und Richter darunter	238.046,4
		Tsd. EUR
1.1	Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: Aufwandsentschädigungen nach der AER Dienstkleidungszuschüsse für 383/380 Beamte des Justizwachmeisterdienstes und des mittleren Justizbetriebsdienstes je 205,20 EUR im Jahr	2,0 77,0
3.	Abgeordnete Beamte und Richter	578,0
	zus.	238.624,4

Die Bezüge für die zur Rechtspflegerlaufbahn zugelassenen Beamten des mittleren Dienstes werden für die Dauer ihrer Abordnung an die Hochschule für Rechtspflege (Kap. 0504) aus Kap. 0503 Tit. 422 01 weitergezahlt.
Mehr bei Erl. 3 für die Abordnung von Notarvertretern an die Gemeinsame DV-Stelle Justiz beim Oberlandesgericht Stuttgart gegen Sperrung von acht Stellen für Notarvertreter der Bes.Gr. A 12 bei Kap. 0512 Tit. 422 01.

422 03	052	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	4.903,7 3.950,7 4.567,2	a) b) c)	3.907,2
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind neben den Anwärterbezügen und dgl. enthalten: Tsd. EUR

2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	1,0
----	--	-----

Die Anwärterbezüge für die an die Hochschule für Rechtspflege (Kap. 0504) abgeordneten Rechtspflegeranwärter werden aus Kap. 0503 Tit. 422 03 weitergezahlt.

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
426 06	W 052	Löhne der nicht vollbeschäftigten Arbeiter und des Reinigungsdienstes	5.628,6 5.079,0 5.250,0		a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Übertragen nach Tit. 428 01 40,0 Tsd. EUR nach Tit. 428 06 5.582,2 Tsd. EUR nach Kap. 1209 Tit. 517 01 <u>6,4 Tsd. EUR</u> zus. 5.628,6 Tsd. EUR</p>						
427 11	052	Nebenvergütungen	2,2 247,8 203,1		a) b) c)	2,2
<p>Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Wenigerausgaben bei Tit. 511 01.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind Nebenvergütungen für Bedienstete für die Übernahme von Büro- und Schreibarbeiten des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit (179 EUR monatlich) sowie für die Zustellung von Gerichtspost durch Justizbedienstete.</p>						
427 12	052	Vergütung für die nebenamtliche Sitzungsvertretung der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten	172,5 200,2 193,0		a) b) c)	172,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Vergütungen für die Wahrnehmung der nebenamtlichen Sitzungsvertretung der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten durch Rechtsreferendare sowie beurlaubte Beamte (Staatsanwälte) und Richter (11,50 EUR je Sitzungsstunde).</p>						
427 16	052	Unterrichtsvergütungen	900,0 819,3 810,8		a) b) c)	870,0
<p>Tit. 427 16 und 427 26 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen für die Erteilung von Unterricht im Rahmen der Ausbildung für den höheren, gehobenen, mittleren und einfachen Justizdienst (ausgenommen Laufbahnen des Justizvollzugs und Laufbahn des Bezirksnotars). Einsparungen zum Ausgleich des Haushalts.</p>						
427 26	052	Persönliche Prüfungskosten	35,0 24,9 26,8		a) b) c)	35,0
<p>Tit. 427 16 und 427 26 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</p> <p>Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare, Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen für Prüfungen, die von den Oberlandesgerichten abgehalten werden.</p>						

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

427 51	052	Sonstige Beschäftigungsentgelte	516,2 903,8 809,5		a) b) c)	515,2
--------	-----	---------------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	316,2
2. Sonstiges (Hausdienstvergütungen u. a.)	199,0
zus.	<u>515,2</u>

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 1,0 Tsd. EUR

428 01	052	Entgelte der Arbeitnehmer (Beschäftigten)	97.465,1 0,0 0,0		a) b) c)	99.820,1
--------	-----	---	------------------------	--	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen Tsd. EUR

3. Nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer (Gesamtbezüge)	40,0
5. 1850/1850 Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis 482/479 Auszubildende zu Justizfachangestellten 14/14 Auszubildende an der Berufsakademie – Bereich Sozialwesen – 10/10 Auszubildende an der Berufsakademie – Bereich Wirtschaftsinformatik (Vertiefungsrichtung Verwaltungsinformatik) – 55/55 Auszubildende und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudenten	
6. Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit	31,0
9. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)	24,0
10. Dienstkleidungszuschuss für einen Arbeitnehmer 202,50 EUR im Jahr	0,3

Die für Rechtsreferendare, Auszubildende und Praktikanten angegebenen Zahlen sind Durchschnittszahlen, weil sich Beginn und Ende der Ausbildungszeit teilweise überschneiden.
Außerdem darf eine Vorlesekraft (Entg.Gr. 6 TV-L) für einen blinden Bediensteten beschäftigt werden, sofern bei Kap. 0502 Tit. 429 01 Mittel in Höhe der dafür anfallenden Ausgaben eingespart werden.
Übertragen von Tit. 426 06 40,0 Tsd. EUR.

Istergebnis 2007:	Tit. 425 01	99.564,5 Tsd. EUR
	Tit. 426 01	<u>1.809,1 Tsd. EUR</u>
	zus.	101.373,6 Tsd. EUR

428 06	N 052	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	5.582,2
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	---------

Erläuterung: Die anteiligen Lohnkosten für die Reinigung der vom Arbeitsgericht Lörrach – Kammern Radolfzell – belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Radolfzell sowie der vom Arbeitsgericht Ulm und dem Sozialgericht Ulm belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Ulm sind hier mit veranschlagt, ohne dass an Kap. 0503 Ersatz geleistet wird.
Übertragen von Tit. 426 06 5.582,2 Tsd. EUR.

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

453 01	052	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	393,0 420,1 417,9		a) b) c)	500,0
--------	-----	--	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Trennungsgelder	350,0
2. Umzugskostenvergütungen	150,0
zus.	500,0

Mehr wegen vermehrter Abordnungen und Versetzungen mit Anspruch auf Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen.

459 53	052	Vergütungen und Entschädigungen an Gerichtsvollzieher	36.000,0 27.286,7 28.491,1		a) b) c)	32.429,9
--------	-----	---	----------------------------------	--	----------------	----------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 44 geleistet werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die den Gerichtsvollziehern zustehende Vollstreckungsvergütung, der Gebührenanteil zur Abgeltung der Bürokosten, der zu 30 v.H. als Aufwandsentschädigung gezahlt wird, sowie die für die Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen. Das Aufkommen ist auf der Basis der Ist-Entwicklung und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.

Zwischensumme Personalausgaben	386.678,9	a)	384.508,7
---------------------------------------	-----------	----	-----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	052	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	29.000,0 21.982,3 24.815,4		a) b) c)	25.050,0
--------	-----	---	----------------------------------	--	----------------	----------

Portorückvergütungen fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	4.100,0
2. Porto	20.300,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	270,0
5. Sonstiges	50,0
zus.	25.050,0

Hier werden auch die Papierkosten nachgewiesen, die durch Kopieraufträge usw. des Ministeriums, der Notariate des württembergischen Rechtsgebiets und der Notarakademie Baden-Württemberg bei der Zentralen Vervielfältigungsstelle des Oberlandesgerichts Stuttgart entstehen, desgleichen die Kosten von Vervielfältigungen für Notariate bei sonstigen Druckanlagen und Kopiergeräten, wenn diese Anlagen und Geräte hierfür nur zum geringeren Teil in Anspruch genommen werden. Umgekehrt werden Papierkosten, die für Aufträge von Gerichten und Staatsanwaltschaften anfallen, bei Kap. 0512 Tit. 537 01 nachgewiesen, wenn die Kopiergeräte überwiegend für Notariate im württembergischen Rechtsgebiet eingesetzt sind. Die Wartungs- bzw. Mietaufwendungen für Kopiergeräte werden jeweils bei Tit. 515 69 bzw. 518 69 nachgewiesen.

Die Ausgaben für Porto der Notariate, der Grundbuchämter und der Notarakademie Baden-Württemberg (Kap. 0511 und 0512), die Frankiermaschinen von Gerichten und Staatsanwaltschaften mitbenutzen, werden hier nachgewiesen.

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

514 01	052	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	60,0 45,6 40,9	a) b) c)	60,0
--------	-----	--------------------------------------	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Haltung von Dienstfahrzeugen	56,7
3. Sonstiges (Steuern, Erwerb von Fahrrädern)	3,3
zus.	60,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen: 2008 2009

Pkw	4	4
davon geleast	4	4
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	8	8
davon geleast	8	8
Krafträder und Mopeds	1	1
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	25 (23)	25

Zugang von 2 selbstfahrenden Arbeitsmaschinen.

Neu- und Ersatzbeschaffungen Tsd. EUR

2009:	
5 Fahrräder	2,5
2 Fahrradanhänger	0,8
zus.	3,3

514 02	052	Dienst- und Schutzkleidung	13,0 11,3 7,5	a) b) c)	13,0
--------	-----	----------------------------	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt ist auch ein pauschaler Kostenersatz an das Logistikzentrum der Polizei (LZP) für die Beschaffung der Dienstkleidung der Justizwachtmeister.

517 01	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	540,0 461,3 458,4	a) b) c)	520,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)	510,0
--	-------

Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (10,0 Tsd. EUR).

518 02	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	34,0 35,6 33,8	a) b) c)	37,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für 12/12 Kfz-Leasingverträge für:
2 (3) Pkw, 4-türig, bis 2,2 l (106 kW),
1 Pkw, 4-türig, bis 2,5 l (120 kW),
9 (8) Kombi, bis 2,2 l, (106 kW).

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
525 21	052	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	680,0 727,7 652,3		a) b) c)	780,0
<p>Tit. 525 21, Kap. 0502 Tit.Gr. 68, Kap. 0511 Tit. 525 21 und 525 70 und Kap. 0512 Tit. 525 21 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Mehr insbesondere wegen erhöhtem Fortbildungsbedarf infolge zahlreicher Gesetzesänderungen sowie auf Grund der Einführung großer Familiengerichte zum 01.09.2009.</p>						
525 22	052	Berufliche Ausbildung der Landesbediensteten (soweit nicht Titelgruppe 68)	205,0 177,5 164,6		a) b) c)	205,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind im Wesentlichen Reisekosten für Reisen im Rahmen der Ausbildung und Kosten für sonstige Ausbildungsmaßnahmen sowie Aufwendungen für die Ausstattung von Bibliotheken für Rechtsreferendare und der Ausbildungszentren für Justizfachangestellte mit Lehr- und Lernmaterial, Ausbildungsvorschriften u. dgl. Die Reisekosten der an die Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege (Kap. 0504) abgeordneten Beamten in Ausbildung aus Baden-Württemberg werden hier nachgewiesen.</p>						
525 41	052	Sächliche Prüfungskosten für Landesbedienstete	37,0 35,4 69,3		a) b) c)	40,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind im Wesentlichen die Reisekosten der Prüfer bei Prüfungen, die von den Oberlandesgerichten abgehalten werden, die Reisekosten der Teilnehmer an Prüfungen, die vom Landesjustizprüfungsamt und den Oberlandesgerichten durchgeführt werden, sowie Aufwendungen für die Anmietung von Prüfungsräumen. Die Reisekosten der Notaranwärter anlässlich der Teilnahme an der Notarprüfung werden bei Kap. 0512 Tit. 525 41 nachgewiesen. Mehr wegen steigender Mieten für die Anmietung von Prüfungsräumen für die Durchführung des schriftlichen Teils der Ersten juristischen Prüfung und Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr.</p>						
525 42	052	Aufwendungen anlässlich der praktischen Studienzeit von Studenten der Rechtswissenschaft bei Justizbehörden (einschließlich Reisekosten)	35,0 24,6 25,5		a) b) c)	35,0
<p>Erläuterung: Im Zuge der Intensivierung der Juristenausbildung wird Studierenden der Rechtswissenschaft ein verbindlicher praktischer Anschauungsunterricht über die Tätigkeit der Justiz- und der Innenverwaltung vermittelt. Der Justizabschnitt, den die Studenten in Gruppen von bis zu 30 Teilnehmern durchlaufen, dauert 2 Monate.</p>						
525 51	052	Unterrichtung der in der Strafrechtspflege tätigen ehrenamtlichen Richter (einschließlich Reisekosten)	100,0 16,1 21,2		a) b) c)	50,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen der Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall sowie Fahrkostenersatz der ehrenamtlichen Richter. Weniger infolge des Vollzugs des Wegfallvermerks über 50,0 Tsd. EUR.</p>						
526 01	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	70,0 23,7 67,1		a) b) c)	70,0

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 11	052	Kosten für Sachverständige		18,0 11,1 3,2	a) b) c)	18,0
--------	-----	----------------------------	--	---------------------	----------------	------

527 01	052	Dienstreisen		520,0 496,0 669,7	a) b) c)	550,0
--------	-----	--------------	--	-------------------------	----------------	-------

Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Vgl. Tit. 525 21, 525 22, 525 41, 525 42, 525 51, 536 01 und 525 69.

Mehr insbesondere infolge Fahrpreiserhöhungen und vermehrten Teilabordnungen aus personalwirtschaftlichen Gründen.

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2008	2009
Pkw	870	598

272 Fahrzeugzulassungen übertragen nach Tit. 534 71.

529 01	052	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwälte für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in bes. Fällen		3,1 2,9 2,7	a) b) c)	3,1
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

532 01	052	Umzugs- und Verlegungskosten		245,0 39,0 171,7	a) b) c)	150,0
--------	-----	------------------------------	--	------------------------	----------------	-------

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Umzugskosten bei der Verlegung von Gerichten und Staatsanwaltschaften.

534 01	052	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		30,0 19,7 24,9	a) b) c)	45,0
--------	-----	----------------------------------	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Übersetzungskosten	27,0
2. Fallpauschalen im Rahmen des „Forderungsmanagements Justiz“ (Teilbereich Prozesskostenhilfe)	15,0
3. Sonstiges	3,0
zus.	45,0

Mehr wegen der Erstattung von Fallpauschalen im Rahmen des „Forderungsmanagements Justiz“ für Einzugsmaßnahmen im Teilbereich Prozesskostenhilfe.

536 01	052	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		221.900,0 185.709,0 180.097,5	a) b) c)	208.000,0
--------	-----	---	--	-------------------------------------	----------------	-----------

Aus den bei Erl. 10 ausgebrachten Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden. Tit. 536 01 und Tit. 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechts- und Patentanwälte	51.000,0
2. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Verteidiger	19.000,0
3. Entschädigung für Zeugen	7.000,0
4. Vergütung der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)	67.000,0
5. Vergütung der Dolmetscher (ohne Übersetzer)	5.000,0
6. Vergütung der Übersetzer	2.500,0
7. Aufwand für ehrenamtliche Vormünder, Pfleger und Betreuer	5.000,0
8. Aufwand für einem Verein angehörende Vormünder, Pfleger und Betreuer	3.500,0
9. Aufwand für selbständige berufsmäßig tätige Vormünder, Pfleger und Betreuer	22.000,0
10. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	26.000,0
zus.	208.000,0

Das Aufkommen ist auf Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.
Bei Erl. 10 sind auch Belohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder der Ergreifung von Straftätern veranschlagt.

537 02	052	Aufwendungen in Hinterlegungssachen	370,0 389,5 307,6	a) b) c)	370,0
546 49	052	Vermischte Verwaltungsausgaben	76,5 72,4 68,1	a) b) c)	80,0

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften	45,0
4. Sonstige vermischte Ausgaben	23,0
5. Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste	12,0
zus.	80,0

Bei der Erl. 4 werden auch Sitzungsvergütungen und Reisekosten der Mitglieder der bei den Oberlandesgerichten – Verwaltungsabteilung – Karlsruhe und Stuttgart gebildeten Berufsbildungsausschüsse für Auszubildende zur Justizfachangestellten nach § 56 BBiG, der Schlichtungsausschüsse nach § 111 Abs. 2 ArbGG sowie die Kosten von Hepatitis-B-Schutzimpfungen und die Umsatzsteuer von behördeneigenen Kantinen nachgewiesen.
Mehr insbesondere wegen Schulungsmaßnahmen für Personalvertreter nach den Personalvertretungswahlen 2009.

Der Betrag bei Erl. 5 ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten anderer Erläuterungen dieses Titels. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Wirtschaftsplan der behördeneigenen Kantine
Justizbehörden in Freiburg

	Tsd. EUR
Einnahmen	
1. Teilnehmerbeiträge	5,3
2. Zuschüsse des Landes (Umsatzsteuer u.a)	0,0
3. Sonstige Einnahmen (Getränke, Gästeessen usw.)	15,7
zus.	21,0

	Tsd. EUR
Ausgaben	
1. Personalausgaben	10,0
2. Herstellung der Mahlzeiten	4,3
3. Sonstige Ausgaben (Getränke usw.)	6,7
zus.	21,0

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
546 51	052	Schadenersatzleistungen (auch aus Billigkeitsgründen)	100,0 66,2 55,1		a) b) c)	100,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			254.036,6		a)	236.176,1
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)						
632 01	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	140,0 94,4 89,7		a) b) c)	140,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile des Landes Baden-Württemberg an den Kosten der vom Land Nordrhein-Westfalen durchgeführten gemeinsamen Lehrgänge zur Ausbildung von Amtsanwaltsanwärtern und zur Ausbildung von Gerichtsvollziehern sowie der gemeinsamen Prüfung für Amtsanwaltsanwärter. Der Ansatz richtet sich im Wesentlichen nach der Zahl der Lehrgangsteilnehmer.</p>						
681 02	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	4.500,0 3.857,1 3.965,5		a) b) c)	4.400,0
<p>Erläuterung: Hier werden auch die der Staatskasse auf Grund von §§ 467 Abs. 1, 473 Abs. 2 und 3 StPO auferlegten notwendigen Auslagen von Beschuldigten nachgewiesen.</p>						
684 01	N 052	Zuschuss an die Bewährungshilfe Stuttgart e. V.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	250,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss an die Bewährungshilfe Stuttgart e. V. für den Betrieb einer Sexualstrafäterambulanz und zum Aufbau eines innovativen Kompetenznetzwerks ambulanter Straftätertherapien. Übertragen von Tit. 684 71 100,0 Tsd. EUR.</p>						
685 01	052	Zuschüsse für die Rechtsberatung und -vertretung für Bürger mit geringem Einkommen	15.000,0 9.307,6 9.796,2		a) b) c)	10.000,0
<p>Tit. 536 01 und Tit. 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig.</p>						
<p>Erläuterung: Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zu den Kosten der unentgeltlichen Rechtsberatung und -vertretung für Bürger mit geringem Einkommen durch Rechtsanwälte gewährt.</p>						
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			19.640,0		a)	14.790,0

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	052	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 01	052	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		2.050,0 1.446,3 1.152,0	a) b) c)	2.050,0

			2009	
		Verpflichtungsermächtigung	Tsd. EUR	2.000,0
		Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2010bis zu		2.000,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen, die Einrichtung von Infotheken in Gerichten sowie Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.

Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen für die Inbetriebnahme des neuen Dienstgebäudes des Justizzentrums Heidelberg benötigt.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	2.050,0	a)	2.050,0
---	---------	----	---------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Bei der Tit.Gr. 69 werden die Aufwendungen für alle informationstechnischen Anwendungen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften ausgebracht einschließlich der Aufwendungen für die Durchführung des gerichtlichen Mahnverfahrens. Die Arbeitsplätze sind im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmittelleinsparungen ergeben sich dadurch nicht. 2009 mehr wegen BK-Outsourcing NEU, der Einführung der Fachanwendungen ForumSTAR und web.sta sowie der automatischen Geldstrafenvollstreckung GSV und dem damit verbundenen Ersatz von Servern bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

429 69	052	Personalaufwand		0,0 569,6 2.080,6	a) b) c)	0,0
511 69A	052	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüs- tungsgegenstände		700,0 399,7 525,4	a) b) c)	1.000,0

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	800,0
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	200,0
	zus.	1.000,0

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, insbesondere von Scannern, Spezialdruckern und Schreibmaschinen. Mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen für Beistellungen im Zusammenhang mit BK-Outsourcing NEU.

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 69B	052	Fernmeldegebühren u. dgl.		3.152,0 2.527,3 3.400,7	a) b) c)	3.403,6
---------	-----	---------------------------	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	1.183,6
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	200,0
3. Rundfunk- (und Fernseh-)gebühren	20,0
4. Sonstiges (LVN III)	2.000,0
zus.	3.403,6

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanschlüsse:

2008	2009
80	50

Justizdienststellen sind an Zentralen anderer Dienststellen aus den Epl. 03, 06 und an im Epl. 12 ausgewiesenen Staatszentralen angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. An Justizzentralen sind Dienststellen aus den Epl. 03, 06, 07, 08, 12 und 14 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. Mehr wegen Bandbreitenerhöhungen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb der Fachanwendung forumSTAR.

Übertragen von Kap. 0608 Tit. 511 69B 3,6 Tsd. EUR

514 69	052	Verbrauchsmittel		1.500,0 822,6 1.102,9	a) b) c)	1.500,0
--------	-----	------------------	--	-----------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Vordrucke, Spezialpapier u. dgl. sowie für Sicherungsbänder, CD-Rom, Disketten, Druckerpatronen u. ä.

518 69	052	Maschinen- und Gerätemieten		1.100,0 1.031,2 1.023,0	a) b) c)	1.100,0
--------	-----	-----------------------------	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

525 69	052	Aus- und Fortbildung		1.300,0 212,9 191,2	a) b) c)	1.300,0
--------	-----	----------------------	--	---------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen für Fachanwendungen (einschl. Reisekosten).

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
534 69	052	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	15.965,0 14.798,3 14.292,4		a) b) c)	16.500,0
				2009 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		83.500,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		6.500,0		
		Haushaltsjahr 2011bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2012bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2013bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2014bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2015bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2016bis zu		10.500,0		
		Haushaltsjahr 2017bis zu		10.000,0		
		Haushaltsjahr 2018bis zu		4.000,0		
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die Inanspruchnahme von Datenservice-Büros, für die JURIS-, SAP- und Internet-Nutzung sowie Raten für das BK-Outsourcing. Mehr wegen BK-Outsourcing NEU sowie Einführung, Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendungen forumSTAR sowie web.sta und GSV. Die Verpflichtungsermächtigung wird für den zur Weiterführung des BK-Outsourcing erforderlichen Anschlussvertrag (BK-Outsourcing Neu) sowie für die Einbeziehung der Staatsanwaltschaften in diesen Vertrag benötigt (Gesamtvolumen in den Jahren 2009 bis 2018 84.000,0 Tsd. EUR, davon zahlungsfällig in 2009 500,0 Tsd. EUR und in 2010 bis 2018 insgesamt 83.500,0 Tsd. EUR).				
546 69	052	Sonstiger Sachaufwand	60,0 1,0 2,9		a) b) c)	60,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für externe Beratungsleistungen und für die Unterrichtung der rechtsuchenden Bevölkerung über das automatisierte Mahnverfahren.				
632 69	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	40,0 0,0 0,0		a) b) c)	40,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile des Landes Baden-Württemberg an den Entwicklungskosten länderübergreifender justizspezifischer Software.				
812 69	052	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	5.000,0 901,3 568,2		a) b) c)	3.000,0
				2009 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		90,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		90,0		
		Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen von Servern und sonstigen EDV-Geräten, der Ersatz und die Erweiterung von Fernsprechanlagen sowie die Beschaffung von Zeiterfassungssystemen und Videokonferenzanlagen. Einsparungen zum Ausgleich des Haushalts. Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Ersatzbeschaffung der Videokonferenzanlage für das neue Dienstgebäude des Justizzentrums Heidelberg benötigt.				
Summe Titelgruppe 69			28.817,0		a)	27.903,6

Justizministerium

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Bewährungs- und Gerichtshilfe

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: In der Tit.Gr. 71 werden nachgewiesen

- die Aufwendungen für die ehrenamtlichen Bewährungshelfer (Tit. 412 71),
- das Entgelt an den freien Träger für die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg (Tit. 534 71) sowie die vom Land zu tragenden Sachaufwendungen (Tit. 546 71),
- Zuschüsse an Bewährungs- und Straffälligenhilfvereine für Haftplatz entlastende Maßnahmen (Tit. 684 71).

412 71	052	Entschädigungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer	300,0	a)	300,0
			5,2	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Für die Betreuung eines Probanden erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer eine Pauschalentschädigung.

534 71	052	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	7.265,0	a)	4.820,0
			7.044,8	b)	
			351,5	c)	

Die Ausgabeermächtigung des Tit. 534 71 erhöht sich um Einsparungen durch das Freiwerden von Stellen der zum Stichtag 01.01.2007 im Bereich der Bewährungs- und Gerichtshilfe verwendeten Beamten und Angestellten bei deren dauerhaften Ausscheiden aus dem Landesdienst sowie bei Beurlaubungen ohne Dienstbezüge für die Zeit der Beurlaubung und bei Elternzeit ohne Dienstbezüge für die Dauer der Elternzeit. Die Höhe des Kapitalisierungsentgelts (Schöpfungsbetrag) bei Tit. 422 01 (Beamte) und 428 01 (Arbeitnehmer) beträgt 60.899 EUR. Das Kapitalisierungsentgelt ändert sich ab dem Jahr 2009 entsprechend der für Baden-Württemberg maßgeblichen Änderung des Tarifs der Entgeltgruppe 10 TV-L (West). Das Kapitalisierungsentgelt steht nach Ablauf einer Wartezeit von 1,5 Monaten nach Freiwerden der Stelle bzw. nach Beginn der Beurlaubung ohne Dienstbezüge bzw. der Elternzeit ohne Dienstbezüge monatlich im Voraus zur Verfügung.

Erläuterung: Veranschlagt sind die finanziellen Leistungen des Landes an den freien Träger für die Erbringung von Leistungen der Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg einschließlich 7 % Umsatzsteuer. Durch die Übertragung auf den freien Träger werden eine verbesserte Aufgabenerfüllung und mittelfristig auch eine spürbare Haushaltentlastung erwartet.

Die flächendeckende Übertragung auf einen freien Träger erfolgte zum 01.01.2007.

Das gesamte Personal der Bewährungs- und Gerichtshilfe verbleibt zunächst noch beim Land. Die Bezüge und Entgelte werden aus Mitteln der Tit. 422 01 und 428 01 bezahlt. Beim Ausscheiden eines Stelleninhabers wird die Stelle nicht mehr besetzt. Der Ersatz erfolgt durch eigenes Personal des freien Trägers. Entsprechend dem ausgebrachten Planvermerk erhöht sich das Entgelt des freien Trägers.

Die Aufwendungen für die Unterbringung der Bewährungs- und Gerichtshilfe (Bau-, Miet-, Betriebskosten einschließlich Energiekosten, Reinigung und sonstige Nebenkosten) werden weiterhin vom Land getragen. Die Objekte können dem freien Träger der Bewährungs- und Gerichtshilfe für die Dauer seiner Beauftragung als Beistelleistung zur ausschließlichen Verwendung für Zwecke der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Soweit ein Posteaustausch zwischen den Gerichten und Staatsanwaltschaften und den Dienststellen der Bewährungs- und Gerichtshilfe stattfindet, kann dieser Posteaustausch auch vom freien Träger unentgeltlich mitgenutzt werden.

Die Höhe der Ansätze richtet sich nach den mit dem freien Träger vereinbarten Entgelten und Fälligkeitsterminen.

In dem Entgelt an den freien Träger sind auch berücksichtigt die Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge der Bewährungs- und Gerichtshelfer.

Zugelassene Fahrzeuge	2008	2009
Pkw	-	272

272 Fahrzeugzulassungen übertragen von Tit. 527 01.

Justizministerium

**0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 71	052	Sachaufwand		0,0	a)	100,0
				29,2	b)	
				14,1	c)	

Erläuterung: Hier werden vom Land zu tragende Sachaufwendungen nachgewiesen (insbesondere Umzugs- und Verlegungskosten im Rahmen der Umsetzung der Standortkonzeption und Erstattungsleistungen an den freien Träger im Rahmen von Fürsorgeleistungen für die noch beamteten bzw. noch beim Land angestellten Bewährungs- und Gerichtshelfer).

684 71	052	Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe		1.100,0	a)	1.615,0
				680,0	b)	
				450,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss an das Netzwerk Straffällighilfe für die landesweite flächendeckende Durchführung des Programms Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“) und dessen Optimierung in Verantwortung der Verbände der freien Straffälligenhilfe.
Übertragen nach Tit. 684 01 100,0 Tsd. EUR.
Unter Berücksichtigung der Übertragung mehr wegen gestiegenem Fallaufkommen.

Summe Titelgruppe 71		8.665,0	a)	6.835,0
-----------------------------	--	---------	----	---------

Gesamtausgaben		699.887,5	a)	672.263,4
-----------------------	--	-----------	----	-----------

Abschluss Kapitel 0503

Verwaltungseinnahmen		368.660,7	a)	338.349,2
-----------------------------	--	-----------	----	-----------

Übrige Einnahmen		1.159,8	a)	1.159,8
-------------------------	--	---------	----	---------

Gesamteinnahmen		369.820,5	a)	339.509,0
------------------------	--	-----------	----	-----------

Personalausgaben		386.978,9	a)	384.808,7
-------------------------	--	-----------	----	-----------

Sächliche Verwaltungsausgaben		285.078,6	a)	265.959,7
--------------------------------------	--	-----------	----	-----------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)		20.780,0	a)	16.445,0
---	--	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen		7.050,0	a)	5.050,0
-----------------------------------	--	---------	----	---------

Gesamtausgaben		699.887,5	a)	672.263,4
-----------------------	--	-----------	----	-----------

Kapitel 0503 Zuschuss		330.067,0	a)	332.754,4
------------------------------	--	-----------	----	-----------